

## INTERNATIONAL

- 6 SITUATION DER ARBEITER-  
KLASSE IN DEN USA

## BRD

- 8 VOM AUSSTERBEN DER  
MITTELSCHICHT

## FRAUEN

- 12 MIT ZWEIERLEI MASS  
GEMESSEN

## BERLIN

- 14 DEUTSCHE WOHNEN  
ENTEIGNEN, ABER RICHTIG!

## HAMBURG

- 16 DIE STADTREINIGUNG  
ALS EXEKUTIVE

## BREMEN

- 18 CHADS IN DER SCHULE

## NORDRHEIN-WESTFALEN

- 20 ESSEN: STREIK BEI DER  
DB DIREKT

## BADEN-WÜRTTEMBERG

- 22 IM KNAST BIS ZUM TOD?  
FREIHEIT FÜR THOMAS!

## KULTUR

- 23 REPRESSION GEGEN  
RAPPER PABLO HASÉL

## INHALT

4 **BILD DES MONATS**

6 **INTERNATIONAL**

8 **BRD**

12 **FRAUEN**

14 **BERLIN**

16 **HAMBURG**

18 **BREMEN**

20 **NORDRHEIN-WESTFALEN**

22 **BADEN-WÜRTTEMBERG**

23 **KULTUR**

**TRANSPARENT IN MANOEL RIBEIRO  
FRÜHER WAR ALLES BESSER :  
DIE SITUATION DER ARBEITERKLASSE  
IN DEN USA**

**„DIE MITTE SCHRUMPT, DIE RÄNDER  
WACHSEN“ – VOM AUSSTERBEN DER  
MITTELSCHICHT**

**MIT ZWEIERLEI MASS GEMESSEN**

**DEUTSCHE WOHNEN ENTEIGNEN,  
ABER RICHTIG!**

**MÜLL-SHERIFFS: DIE STADTREINIGUNG  
ALS EXEKUTIVE**

**CHAOS IN DER SCHULE**

**ESSEN: STREIK BEI DER DB DIREKT**

**IM KNAST BIS ZUM TOD?  
FREIHEIT FÜR THOMAS!**

**REPRESSION GEGEN RAPPER PABLO HASÉL**

## KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen und Vorschlägen  
schreibt uns eine Mail an  
[rotepost@gmx.de](mailto:rotepost@gmx.de)

## V. I. S. D. P.

Franziska Vogler  
Blodigstr. 15  
80933 München

## EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

wir hoffen, es ist euch nicht schwergefallen, die Zeitung wiederzuerkennen – pünktlich zum 1. Mai erscheint diese Ausgabe der Roten Post mit einem neuen Design. In dieser Zeit entfaltet die Reaktion auf der ganzen Welt zunehmend Angriffe auf die demokratischen Rechte und Freiheiten, auf die ökonomische Situation und auf das Leben der Arbeiterklasse und der Völker der Welt. Dringend hervorzuheben ist der Angriff des alten brasilianischen Staates auf die revolutionäre Bauernbewegung in Rondonia im westlichen Amazonasgebiet: Seit Ende März entfacht die Regierung Rondoniäs eine Kriegsoperation gegen die Bauern der Ländereien der Hacienda Santa Elina, geführt vom Sicherheitssekretär Cisneiro Pachá, dem „Schlächter von Santa Elina“, der bereits in der Schlacht von Santa Elina 1995 das Massaker an den Bauern mitgeführt hatte, und dem Gouverneur des Bundesstaates und Oberst der Militärpolizei, Marcos Rocha. In dieser Operation werden die Familien des Camps Manoel Ribeiro der Liga der armen Bauern (LCP) vom Polizeiapparat belagert, die Straßen besetzt, die Anwohner bedroht und schikaniert, psychologische Folter mit „Signal“bomben, Tränengas, Pfefferspray, Feuerwerkskörpern, Hubschrauberflügen und abgefeuerten Gummigeschossen betrieben und bereits mehrere Angriffe ausgeführt. Das Ziel der Operation ist es, wieder ein Massaker an den Bauern zu begehen – das ist, was die Reaktion vorbereitet. Deshalb sind alle revolutionären, fortschrittlichen und demokratischen Kräfte, ob Organisation oder Einzelperson, im jetzigen Augenblick dazu aufgefordert, in Solidarität mit dem heldenhaften Kampf und Widerstand der Bauern die völkermörderischen Angriffe des alten brasilianischen Staates öffentlich anzuprangern und ihre Solidarität zum Ausdruck zu bringen.

Weiter zur Situation in der BRD: Während in zahlreichen Großstädten, unter anderem in den drei größten der Republik, nächtliche Ausgangssperren oder praktisch gleichbedeutende Maßnahmen verhängt wurden, forciert der deutsche Staat seine Zentralisierung, um die Kontrolle der Massen besser handhaben zu können. Das ganze Theater um die unterschiedlichen Maßnahmen in den unterschiedlichen Bundesländern dient dazu, was seit längerem nun offensichtlich ist, eine Begründung zu haben, dem „starken Staat“ mehr Befugnisse in die Hand zu geben. Offensichtlich ist für sie „Corona“ schlimmer als die Gründe, die nach 1945 die Dezentralisierung und Errichtung eines föderalen Staates zwingend erforderten. In diesem Lichte steht die von Merkel beantragte Änderung des Infektionsschutzgesetzes, mit ihrer ersten ermöglichten Maßnahme, der geplanten „Bundes-Notbremse“. Unterdessen schlägt das Gesundheitsministerium vor, Geimpften deutlich mehr Freiheiten wiederzugeben. Sogar Innenminister Horst Seehofer hatte noch im Januar diesen Vorschlag zurückgewiesen und erklärt, dass das einem Impfwang gleichkommt. Diese Entwicklungen machen deutlich: Die Bourgeoisie arbeitet auf einen stärker zentralisierten Staat hin.

Öffentlich gestützt wird das dreiste Vorgehen der deutschen Imperialisten unter anderem durch ominöse Umfragen, in denen in der Regel mehr als zwei Drittel sich mit der „Corona-Politik“ einverstanden erklären. An keiner dieser Umfragen nehmen auch nur halbwegs viele Arbeiter teil, dementsprechend ist das Ergebnis in keinster Weise repräsentativ für das Volk. Umso wichtiger also, dass es Medien gibt, die sich tatsächlich mit den konkreten Problemen der Massen beschäftigen. In dieser Ausgabe betrachten wir im Lichte der ökonomischen Krise unter anderem die zerbröckelnden Illusionen der „Abkommen“ der Imperialisten mit ihrem eigenen Volk – den „American Dream“ und den deutschen „Gesellschaftsvertrag“, mit deren Auflösung die Arbeiterklasse wächst und stärker wird, aber vor allem die Widersprüche sich auch im imperialistischen Hinterland zuspitzen.

All diese Sachen, alle Entwicklungen im Klassenkampf müssen von den Revolutionären mit der entsprechenden Politik beantwortet werden, um der sich noch immer schnell entwickelnden Situation und ihren Notwendigkeiten mit der entsprechenden Initiative zu begegnen. In diesem Sinne, einen erfolgreichen, kämpferischen 1. Mai!

A group of people, mostly women, are gathered outdoors in a grassy area under a blue sky with white clouds. They are holding up a large white banner with red text. Several people have their right fists raised in a gesture of solidarity or protest. One person in the foreground is wearing a red cap and a black jacket. The banner is the central focus, with the text written in large, bold, red capital letters.

AS TERRAS DE  
ENCHARCADAS  
NÃO SAIR

„Das Land von Santa Elina ist getränkt mit Bauernblut! Wir werden hier nicht weggehen!“, steht auf dem Transparent, das Bauern im Camp Manoel Ribeiro aufgehängt haben. Die Angriffe, die der alte brasilianische Staat in seiner Operation zur Einschüchterung der Anwohner unternommen hat, wurden von den Bauern heldenhaft zurückgeschlagen.

*Quelle: Resistência Camponesa (Bauernwiderstand)*

SANTA ELINA ESTÃO  
E SANGUE CAMPONÊS  
EMOS DAQUI



## FRÜHER WAR ALLES BESSER : DIE SITUATION DER ARBEITERKLASSE IN DEN USA



*Good Night, American Dream: Zelte von Obdachlosen am Straßenrand in Kalifornien*

Der „American Dream“ – vom Tellerwäscher zum Millionär – ist ein Traum, den angeblich jeder Amerikaner leben kann, wenn er sich doch nur genug anstrengt. Doch schaut man heute in die USA, ergibt sich ein anderes Bild. Wenn am „American Dream“ irgendetwas dran sein soll, dann müssen die Amerikaner alle faul sein, oder mit dem sogenannten amerikanischen Traum ist etwas faul. Statt Reichtum und Wohlstand sieht man bei einem Blick in die USA heute nur Millionen von Arbeitslosen, endlos lange Schlangen vor den Essensausgaben, Menschen, die in ihren Autos wohnen müssen oder massenhaft Kinder, die nicht mehr genügend zu Essen bekommen. Und das, obwohl das Bruttoinlandsprodukt der USA 2019 mit 21,4 Billionen Dollar alle vorigen Rekorde in den Schatten gestellt hat. Die Welt und ganz besonders die mächtigste Nation der Welt – die USA – stecken in der tiefsten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Das spiegelt sich ganz besonders in der Situation der Arbeiterklasse und des Volkes wieder.

Im vergangenen Jahr verloren mit Einbruch der Wirtschaftskrise, als sie die USA erreichte, binnen einer Woche über sieben Millionen Menschen ihre Arbeit. Nur wenige Wochen später war das Bild noch um einiges dunkler: Knapp 50

Millionen Menschen zählten die Vereinigten Staaten als arbeitslos – zumindest den offiziellen Zahlen zufolge. All die sogenannten „Illegalen“, die Schwarzarbeiter oder alle anderen, die keinen Anspruch auf staatliche Hilfeleistung haben, waren bei den 50 Millionen noch gar nicht mit eingerechnet. Millionen US-Bürger gerieten so tiefer und tiefer in einen Teufelskreis. Zuerst kam die Kündigung, das Geld wurde knapp und so war der Rauswurf aus der Wohnung auch nicht mehr weit. In den USA zeigte sich schlicht und einfach die nackte Fratze dieser Krise, die ohne jegliche Scheu auf den Rücken des Volkes abgeladen wurde. Maßnahmen wie z.B. Kurzarbeit, die hier in der BRD ergriffen wurden, um etwas Zeit zu gewinnen und den großen Knall der Krise etwas hinauszuzögern, existieren in den USA nicht, sodass es direkt dem Volk an den Kragen ging.

Aber es ist nicht nur die Arbeitslosigkeit, die die Menschen in den USA arm macht. Auch diejenigen, die noch einen Job haben und 40 Stunden die Woche arbeiten gehen, stecken oft in der Situation, nicht einmal mehr sich und ihre Familie ernähren zu können. Angaben der US-Zensusbehörde zufolge waren im Januar 2021 rund 11 Prozent der Amerikaner nicht dazu imstande, sich und ihre Familien mit ausreichend Lebensmitteln versorgen

zu können, weil sie es sich nicht leisten konnten. Diese 11 Prozent stehen gegenüber einer Arbeitslosenquote, die ebenfalls im Januar 2021 auf 6,3 Prozent beziffert wurde. Arbeiten gehen, aber trotzdem bitterarm sein ist also traurige Realität für viele US-Bürger geworden.

Seit der gigantischen Welle der Arbeitslosigkeit, die die USA im vergangenen Jahr überrollt hat und seit Viele neben ihrem Job auch ihre Wohnung verloren haben, gibt es auch immer mehr Menschen, die heute obdachlos sind, jedoch ebenfalls arbeiten gehen. An den Rändern vieler US-Großstädte haben sich auf Parkplätzen neue „Wohnanlagen“ gebildet, wo Menschen in ihren Autos übernachten. Denn das Auto ist meist wichtiger als eine eigene Wohnung zu besitzen. Ohne Auto geht in den USA meist gar nichts. Der öffentliche Nahverkehr wurde schon vor Jahrzehnten zugunsten der großen Automonopole kaputtgespart, sodass ein eigenes Auto heute eine Notwendigkeit ist. Das heißt auch: Wer kein Auto hat, kann auch nicht arbeiten gehen – so einfach ist das. Mit den reihenweisen Rausschmissen aus Mietwohnung im Frühling und Sommer 2020 wurden auch die Mieten häufig ordentlich nach oben geschraubt. Für diejenigen, die für Auto und Wohnung kein Geld mehr haben, fällt die Wahl so gezwungenermaßen auf das Auto.

Die schlechte Situation der Arbeiterklasse und des Volkes in den USA zeigt sich ganz besonders auch an den Tafeln, die in den USA „Food Banks“ heißen. Es sollen knapp 50 Millionen US-Bürger im vergangenen Jahr eine Tafel besucht haben, d.h. ganze 50 Millionen Menschen hatten im letzten Jahr mehr oder weniger häufig das Problem, sich und ihre Familie nicht aus eigener Kraft ernähren zu können, und waren auf Hilfe angewiesen. Aber auch im Vorjahr, also vor Wirtschaftskrise und Corona-Pandemie, war die Zahl derjenigen, die auf die Tafel angewiesen sind, schon enorm. 2019 waren es rund 35 Millionen Menschen, trotz der damals so groß gefeierten niedrigsten Arbeitslosenquote der Geschichte und Wirtschaftswachstum auf höchstem Niveau.

Das Verhältnis zwischen der Produktivität der Wirtschaft und den gezahlten Löhnen hat sich seit dem zweiten Weltkrieg immer weiter auseinanderentwickelt. Während sich die USA zur einzig hegemonialen imperialistischen Supermacht und

zum reichsten Land der Erde entwickelt haben, bekommt die amerikanische Arbeiterklasse nur die Krümel des fetten Kuchens. Die Kaufkraft der US-Bürger war im Jahr 2018 um 28,6 Prozent niedriger als im Jahr 1968. Der Mindestlohn müsste Hochrechnungen zufolge heute bei 21 US-Dollar pro Stunde liegen statt bei 7,25 Dollar, die heute gezahlt werden. Nicht einmal die hochgepriesenen Pläne von US-Präsident Joe Biden, der nun – wie es die Demokraten schon seit Jahren tun – einen Mindestlohn von 15 Dollar verspricht, würden diese Lücke füllen. Dem Proletariat in den USA geht es heute schlechter als noch in den 50ern, 60ern und 70ern. Das bestätigt auch der ehemalige US-Arbeitsminister Robert Reich:

*„Die Gehälter amerikanischer Arbeiter stagnieren seit Jahren, inflationsbereinigt. Wer zu den zwei Dritteln der Erwachsenen gehört, die keinen Hochschulabschluss haben, und zudem ein Mann ist, der verdient heute substanziell weniger als 1979. Hätten wir heute noch dieselbe Einkommensverteilung wie in der Zeit zwischen dem Zweiten Weltkrieg und den späten Siebzigerjahren, würde der typische amerikanische Arbeiter im Schnitt nicht wie heute 45.000 Dollar im Jahr verdienen, sondern 60.000 bis 70.000 Dollar. In den USA hat sich eine enorme Umverteilung von den unteren zwei Dritteln zum reichsten Prozent vollzogen.“* (Spiegel Online, 31.12.2020)

Dass mit der Zeit für die Leute alles besser wird, ist wie sich zeigt nur ein Mythos. Während die Imperialisten große Profite einheimen, Produktivität und Wirtschaft immer weiter wachsen, bleiben die Hände derer, die all das schaffen, am Ende leer. Die Situation spitzt sich seit Jahrzehnten immer weiter zu, und das wird, solange es den Imperialismus gibt, auch weiter so sein. Denn wie sich zeigt, ist der Imperialismus ein parasitäres System, das auf dem Rücken der Arbeiterklasse und den Völkern der Welt aufgebaut ist. Aber der Imperialismus ist, gerade wegen seines parasitären Charakters, auch ein sterbendes System. Ein System, das gestürzt werden wird. Erst dann wird die Zeit anbrechen, in der die Verbesserung kommt. •

## „DIE MITTE SCHRUMPFTE, DIE RÄNDER WACHSEN“ – VOM AUSSTERBEN DER MITTELSCHICHT

Die Preise steigen, die Löhne nicht. Das Geld wird knapper, die Rechnungen höher. Hierzulande merken die Arbeiter zunehmend, dass die Arbeit kaum mehr für ein anständiges Leben reicht. Und eine Vielzahl von ehemals gut bezahlten Arbeitern ist inzwischen „sozial abgerutscht“ und muss weitaus sparsamer leben als zuvor, weil sie zum Leben schlicht weniger übrig hat. Selbst bürgerliche Statistiken weisen bereits seit langem nach, dass die Armut in der unteren Einkommensgruppe stetig wächst. Oder anders ausgedrückt: die Armen werden zusehends ärmer. Andersherum verlieren die Reichen kaum an Vermögen, sondern gewinnen sogar noch einiges hinzu. Oder auch hier: die Reichen werden stetig reicher.

Die BRD war stets „stolz“ auf seine „starke und stabile“ Mittelschicht. Ein großer Teil der Bevölkerung hierzulande erhielt vergleichsweise hohe Löhne, sichere Arbeitsplätze (d.h. unbefristete Arbeitsverträge samt wiederkehrenden Lohnerhöhungen) und gute Renten. Das Geld reichte in der Regel für Haus, Auto, Urlaub und einen angenehmen Lebensabend im hohen Alter. Dafür konnte die Bourgeoisie im Gegenzug von der Bevölkerung weitgehend sozialen Frieden erwarten. Denn wer genug zum Leben hat, der hat auch kaum Grund zu rebellieren. Es war ein unausgesprochenes „Abkommen“ zwischen den Ausbeutern und den Ausgebeuteten, davon aber mehrheitlich den gut bezahlten Arbeitern hierzulande. Doch diese „Mittelschicht“ löst sich mehr und mehr auf und das inoffizielle Abkommen zwischen Staat und Arbeiterschaft bröckelt weiter und schneller. Die gewaltige Mehrheit der Mittelschicht rutscht ab, eine Minderheit steigt auf.

In ihren Statistiken charakterisiert die herrschende Klasse die von ihnen definierten Schichten in der Regel bloß durch ihr monatliches Einkommen. Nicht durch Eigentum, nicht durch ihren Platz und ihre Eigenschaften und Rolle in der gesellschaftlichen Produktion. So ist auch die „Mittelschicht“ keine Gemeinschaft mit einheitlicher ökonomischer Grundlage, sondern setzt sich hauptsächlich aus Teilen der Arbeiterklasse und dem Großteil des

Kleinbürgertums zusammen. Aber natürlich ist das Wort Mittelschicht fast jedem ein Begriff. Diese geradezu gewaltige Menge an Menschen unterschiedlicher Klassenherkunft, die ein „anständiges“ Leben ohne Armut führen können, gibt es in allen imperialistischen Ländern. Haus, Auto, Hund mit der Familie – in Deutschland hat das oben genannte „Abkommen“ mit den Ausbeutern und ihrem Staat in den letzten Jahrzehnten unter dem Begriff „Gesellschaftsvertrag“ ein konkreteres Bild bekommen. Für den Staat ist die „Mittelschicht“ mit ihrem „sozialen Frieden“ das Bollwerk gegen die Revolution. Das Bestehen dieser großen Mittelschicht seit Jahrzehnten mag den Eindruck vermitteln, dass sich die Klassenwidersprüche nicht verschärfen, sondern mit der Zeit relativiert haben; ja, dass der Lebensstandard der „Mittelschicht“ das Normale sei und die ärmeren Teile in der kommenden Zeit durch wirtschaftliche Entwicklung auf diesen Standard gehoben werden. Aber das sind beides Illusionen. Ihr jetziger Lebensstandard wird durch die stetig zunehmende Ausbeutung der unterdrückten Nationen gewährleistet, und war auch kein Geschenk, sondern wurde erkämpft. Der „Gesellschaftsvertrag“ hat seine Ursprünge in der in der politischen Ökonomie Westdeutschlands nach dem 2. Weltkrieg; „Wirtschaftswunder“ und so weiter. Manch einer erinnert sich – täglich hart arbeiten, aber dafür im Sommer drei, vier Wochen mit dem VW Käfer und der Familie über die Alpen nach Italien zum Urlaub fahren. Ein Privileg, das durch die Entwicklung der Klassenwidersprüche entstand und nicht hauptsächlich durch Entwicklung in der Produktion. Solange es denen, die die Produktion kontrollieren, nur um den maximalen Profit geht, hilft uns technischer Fortschritt nicht weiter.

Unterschiedliche Studien zeigen die Vergrößerung der Armut in der BRD deutlich. Neben dem Anwachsen der „Ränder“ zeigen die Untersuchungen auch eine zunehmende Konzentration des Reichtums. Das heißt, das reichste Prozent unserer Gesellschaft besitzt immer mehr des gesamten Reichtums im Land. Inzwischen besitzen diese 1 Prozent rund 40 Prozent des gesamten Reichtums, Tendenz steigend. Wenn bereits ein Prozent fast die Hälfte des gesamten Reichtums besitzt, kann man sich in etwa

ausrechnen, was für die untere Hälfte bleibt, nämlich kaum etwas. Die unteren 50% besitzen weniger als 3% des Reichtums.

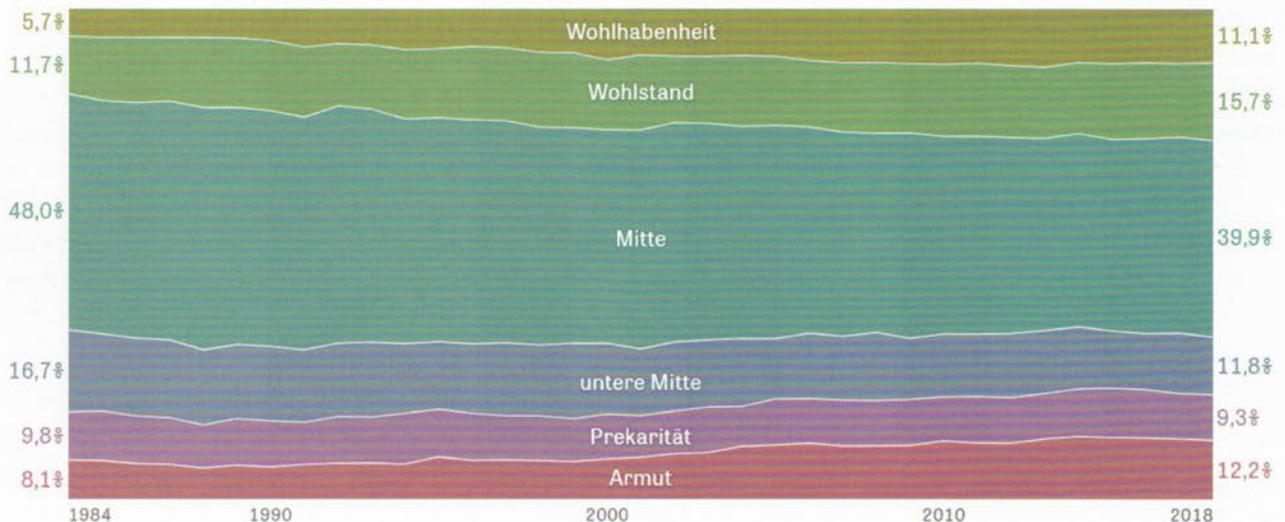
### STEIGENDE ARMUT STATISTISCH BELEGT

Bereits vor „Corona“ stieg die Armut über Jahrzehnte hinweg kontinuierlich an. Man gilt in Deutschland als „arm“, wenn man weniger als 60 Prozent des Median des Nettoeinkommens verdient („relative Armut“). Einfach in Zahlen ausgedrückt ist das, wenn man als Single weniger als 1074€ im Monat verdient. Bei zwei Erwachsenen und zwei Kindern liegt dieser Schwellenwert bei 2256€ im Monat. Die sogenannte „Armutsquote“ besagt, dass in Deutschland 18,7 Prozent aller „Bürger“ arm (Stand: 2018) sind. Seit vielen Jahren ansteigend. Der Anteil von „sehr armen“ Menschen (weniger als 50 Prozent des Medianeinkommens) ist ebenfalls um 2 Prozentpunkte auf 10 Prozent gestiegen. Bei diesen Zahlen ist abermals anzumerken, dass das Einkommen nicht der einzige Faktor für Reichtum oder Wohlstand ist und nicht die tatsächlichen Eigentumsverhältnisse wiedergeben muss.

Da, wo die „Armut“ aufhört, beginnt in der Definition der herrschenden Klasse bereits die Mittelschicht. Sie definiert sie als die Gemeinsamkeit aller Menschen, deren Einkommen zwischen 60 und 200 Prozent des Medianeinkommens liegt.

Eine ziemlich weite Spanne. Teil der Mittelschicht ist demnach sowohl der Leiharbeiter mit gesetzlich gerade noch zugelassenem Lohn, sowie der selbstständige Veranstaltungstechniker, der um die 4000 Euro im Monat für sich zur Verfügung hat. Offensichtlich haben diese beiden Beispiele nicht besonders viel miteinander gemeinsam, und als Mittelschicht würde man normalerweise ausschließlich den zweiten Fall betrachten. Das macht klar, dass die „Mittelschicht“ in den Statistiken der herrschenden Klasse aufgebläht wird und nicht unwesentliche Teile der Menschen, die man als „arm“ verstehen würde, übernimmt. Natürlich ist ihnen das bewusst, und auch sie brauchen einen vernünftigen Index, um die ökonomische Entwicklung besser einsehen zu können. Mit diesem Zweck hat ein Forschungsteam der Universität Bremen eine zumindest in Frage der Mittelschicht wesentlich realitätsnähere Studie durchgeführt, bei der sie neben dem Einkommen auch Vermögen, Wohnen und Erwerbstätigkeit als Faktor berücksichtigt. Das Ergebnis der Auswertung für den Zeitraum 1984 bis 2018 gibt aufgrund der fehlerhaften Begrenzungen nach oben zwar den falschen Eindruck, dass die „reicheren Schichten“ mehr Zuwachs bekommen hätten wie die „ärmeren Schichten“, zeigt aber deutlich, wie die „Mittelschicht“, also eben diejenigen, die durch den „Gesellschaftsvertrag“ bestochen werden, über die Jahre geschrumpft ist (siehe Grafik).

**Die Mitte schrumpft, die Ränder wachsen**  
Anteil der Bevölkerung in den jeweiligen Lagen im Zeitverlauf 1984–2018



Besonders durch die von der SPD und den Grünen eingeführte „Arbeitsmarktreform“ verstärkte sich die Armut bzw. die Ausbeutung des Proletariats. Denn seitdem haben sie die Leiharbeit immens ausgeweitet und die Arbeitsverhältnisse verschlechtert. Diese offensichtliche Verschlechterung für die Arbeiterklasse ist seit 2004 stetig ausgeweitet worden und trägt drastisch zur Armut bei. Auch rutschen besonders junge Menschen oftmals wiederkehrend in die Arbeitslosigkeit ab und verlieren dadurch ihr Einkommen, werden also wieder und wieder von Sozialleistungen abhängig. Das liegt ebenfalls an der „Arbeitsmarktreform“. Denn wie heutzutage jeder junge Arbeiter genervt feststellt, sind unbefristete Arbeitsverträge inzwischen die Regel statt der Ausnahme. Bei Nichtbedarf werden die Arbeiter einfach entlassen und rutschen in die Arbeitslosigkeit ab. Hinzu kommen noch die allseits bekannten Prozesse wie rapide ansteigende Mieten, die natürlich ausschließlich diejenigen treffen, die kein Eigenheim besitzen, steigende Kosten von Bus und Bahn, die ebenfalls nur Arbeiter trifft, die

kein eigenes Auto besitzen, sowie zahlreiche stetig wachsende Zahlungsforderungen, wovon jeder Arbeiter ein Lied singen kann. Die Reichsten sind also von solchen Verteuerungen ausgeschlossen, während für die Arbeiterklasse die Preisexplosionen die Armut vorantreibt und verschärft.

Die „Corona-Krise“ hat die Lebenssituation für das Proletariat darüber hinaus deutlich verschlechtert. Dabei sagen uns die Herrschenden stets, dass sie als vermeintliche Gesundheitskrise keinen Unterschied zwischen arm und reich machen würde. Doch wie kommt es dann, dass sie die Arbeiterklasse nachweislich besonders hart trifft? Eine Ungleichheitsstudie des „Wirtschafts- und Sozialwissenschaftsinstitut (WSI)“ der Hans-Böckler-Stiftung hat sich der Frage angenommen und ist zu folgendem Ergebnis gekommen: Statistisch sind „im Zuge der Corona-Pandemie“ von der Kurzarbeit besonders ungelernete Arbeiter oder einfache Angestellte betroffen. Da Kurzarbeitergeld 60 bzw. 67 Prozent des Nettolohns ausmachen, bedeutet das für ohnehin Geringverdienende

### Haushalte mit und ohne Einkommenseinbußen durch Corona, nach Höhe des monatlichen Nettoeinkommens Ein- und Mehrpersonenhaushalte, Anteile in Prozent



immens harte Lohneinbußen und somit Mehrbelastungen. Da kann es ganz schnell der Schritt ins Existenzminimum sein. Diejenigen, die jetzt schon am wenigsten haben, verlieren am meisten, was den „unteren Rand“ gewaltig wachsen lässt. Aber dazu kommen die ganzen Probleme, die weite Teile des Volkes betreffen – keine Möglichkeit zum Home-Office, Kinderbetreuung auf eigene Faust wegen geschlossenen Kitas, höhere Strompreise durch mehr Zeit zuhause usw. – und schließlich Entlassungen und Lohneinbußen für zahlreiche Arbeiter, die geglaubt haben, einen stabilen Job bis zur Rente zu besitzen. Die Entlassungswelle rollt *nicht ausschließlich* auf die ärmsten Teile der Arbeiterklasse zu. Dementsprechend werden viele Menschen, die vorher ein klar unterschiedliches Einkommen hatten, bald ein gleiches haben. Aber um das zu verstehen, muss man eben weg von dem Oberschicht-Mittelschicht-Unterschicht-Modell und sich mit den tatsächlichen ökonomischen Verhältnissen auseinandersetzen.

Die bürgerliche Wochenzeitung „Die Zeit“ schreibt dazu:

*„Raum schützt vor der Enge des Lockdowns. Die Pandemie lässt sich leichter in einer großen Wohnung ertragen. Sie ist weniger bedrohlich für jene, die im Homeoffice arbeiten können. Und weniger beängstigend, wenn man um einen unbefristeten Arbeitsvertrag in der Schublade weiß. Vermögen schützt vor schlechtem Schlaf, wenn der Arbeitgeber die Gehälter kürzt oder Stellen streicht. Die Pandemie, heißt es oft, habe neue Ungleichheiten sichtbar gemacht. Vor allem aber hat sie gezeigt, dass sich Wohlstand nicht nur am monatlichen Einkommen auf dem Konto messen lässt.“* („Soziale Ungleichheit: Wie wohlhabend sind Sie?“)

Also gelangen inzwischen auch bürgerliche Medien zu der Schlussfolgerung, dass man die Entwicklung der Ungleichheit nicht verstehen kann, wenn man bloß einen Blick auf das Einkommen der Menschen wirft.

*„Die Ergebnisse der Forschungsgruppe zeigen nicht nur, wie stark die ökonomische Position das Leben prägt. Sie haben auch das Potenzial, eine neue Diskussion über wachsende **Klassenunterschiede***

*loszutreten. Denn ein zentraler Befund der Studie lautet: Die Lebensverhältnisse in Deutschland haben sich seit den Achtzigerjahren kontinuierlich auseinanderentwickelt. (...) Zwar zeigen auch die Daten der Soziologen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich bis Mitte der Nuller Jahre besonders schnell gewachsen ist. Doch auch danach steigt die Ungleichheit weiter an.“* (ebd.)

## DIE AUFLÖSUNG DES „GESELLSCHAFTSVERTRAGS“

Bringen wir die soziale Ungleichheit in der BRD auf den Punkt: Die Widersprüche zwischen den Klassen verschärfen sich, Armut und Reichtum werden extremer. Es schrumpft die Menge, die die herrschende Klasse als Mittelschicht bezeichnet – nicht erst seit Corona. Das zeigt sich alleine an ihrer heutigen ökonomischen Definition: Mit der oben genannten Armutsgrenze ist die „Unterschicht“ vorbei und die Mittelschicht beginnt schon bei Menschen, die Vollzeit für weniger als Mindestlohn arbeiten würden. Warum nennt man das also „Mitte“? Weil es sonst offenbaren würde, wie klein die „Mitte“ tatsächlich schon ist, wie groß die Ungleichheit ist, wie weit der Abstand zum Median. Die Bourgeoisie versucht also, den Mythos von der Mittelschicht, auch wenn sie am zerfallen ist, aufrechtzuerhalten. Der „Gesellschaftsvertrag“ löst sich auf, weil er für die Mehrheit nicht mehr greifbar ist. Durch die zunehmende Ausbeutung nährt die Bourgeoisie selbst ihren Feind, da täglich neue Massen in die tiefsten und breitesten Reihen der Arbeiter rutschen und ihre Privilegien verlieren. Das Proletariat ist die größte Klasse in diesem Land, und mit der Verschärfung der Widersprüche wird es im Endeffekt stärker. Das Einzige, was ihr fehlt, um ihre volle Kraft zu entfalten ist ihre Organisation, die Kommunistische Partei. •

## MIT ZWEIERLEI MASS GEMESSEN

**F**rauen wird in dieser Gesellschaft unterstellt, sie könnten dies oder das nicht, einfach, weil sie Frauen sind. Sie wären aufgrund ihres Geschlechtes nicht in der Lage, zu denken oder zu handeln wie normale Menschen. Etwas sei den Frauen angeboren, was sie von Natur aus zum „schwächeren Geschlecht“ macht. Dieser Annahme liegt die Pseudothese der minderwertigen weiblichen Natur zu Grunde. Das weibliche Geschlecht sei von Natur aus minderwertig und immer nur in Abhängigkeit des Mannes zu irgendetwas fähig.

Das trägt dazu bei, dass Frauen in dieser Gesellschaft häufig zu Haushaltshilfen, Kindermädchen oder Lustobjekten degradiert werden. Dafür, dass der Mann denkt, die Frau stünde ihm als sexuelles Objekt jeder Zeit zur Verfügung und er könne sich jederzeit nehmen, was ihm „zustünde“. Deshalb gibt es Gewalt gegen Frauen, deshalb gibt es sexuelle Übergriffe, deshalb gibt es Vergewaltigungen. Diese Idee der Minderwertigkeit der Frau hält sich so hartnäckig, weil sie hilft, das imperialistische System aufrechtzuerhalten. Es dient der herrschenden Klasse, die falschen Klischees, wie Männer zu sein haben und wie Frauen zu sein haben, aufrechtzuerhalten. Unser Kriterium als Revolutionäre ist, wie Revolutionäre zu sein haben, um am besten der Revolution zu dienen. Unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter usw.

Dass die Idee der minderwertigen weiblichen Natur Quatsch ist und nicht der Realität entspricht, haben viele Frauen bewiesen. Sie nehmen den Kampf gegen Imperialismus und Patriarchat in der Praxis auf und zerschlagen sie. Unter den meisten Fortschrittlichen ist der Gedanke, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sein sollten, durchgesetzt. Die meisten Feministinnen sind sich einig, dass wir eine Gesellschaft anstreben, in der Frauen und Männer völlig gleichberechtigt sind, bei der Arbeit, vor dem Gesetz, in der Kultur.

Nun meinen Manche, dieser Grundsatz der Emanzipation der Frau würde in der Frage der Sexualität nicht gelten. Manche verwechseln auch den Grundsatz der Emanzipation der Frau damit, dass die Frau sich genauso schlecht verhalten darf, wie Männer es häufig tun. Dass jetzt die Frau an der Reihe wäre, sich zu nehmen, was sie will, ohne

Rücksicht auf andere. Dass wir die „Befreiung der Frau“ erreichen könnten, indem wir den Spieß einfach umdrehen.

Gleichzeitig meinen die angeblich radikalsten Feministinnen dann plötzlich, Frauen wären nicht in der Lage dazu, eigene Entscheidungen treffen, könnten nicht Nein sagen, sondern seien Opfer der „Manipulationsküste des Mannes“. Es wird unterstellt, die Frauen könnten sich nicht wehren gegen Übergriffe, sondern hätten aufgrund ihrer schwachen Natur nur die Möglichkeit, sich dem hinzugeben, was „mit ihnen gemacht wird“. Man kann nicht sagen, man sei für die Emanzipation der Frau und gleichzeitig ein Frauenbild aufrecht erhalten, was nichts mit der Realität und mit dem Ziel aller Revolutionäre, der Befreiung der Menschheit zu tun hat. Das zusammen zu bringen, sind falsche Freundschaften.

Es ist Idealismus, zu implizieren, Frauen könnten die Realität nicht verändern, Frauen seien bloß sich treiben lassende Opfer ihrer Umstände. Das setzen die meisten Revolutionärinnen auch in die Tat um, wenn es jedoch zu dieser speziellen Frage kommt, werden die Prinzipien der Emanzipation der Frau über Bord geworfen. Sie rufen nach Gleichberechtigung, aber in dieser Frage geht man zwei Schritte zurück und die Frau ist wieder unmündig. Dann sind die Frauen wieder die Opfer ihres Geschlechts, die nichts gegen dumme Anmachen oder Übergriffe tun können, außer sich dem hinzugeben, oder selbst dumme Anmachen zu machen. Sowieso könnten Frauen in dieser Frage nicht mehr klar denken, ließen sich nur einlullen in etwas, was sie eigentlich gar nicht wollen. Deshalb muss man ihnen auch sagen, was sie wollen dürfen und was nicht. Frauen sind auf einmal wieder schwache Wesen, die nicht in der Lage wären, die „Manipulation“ des Mannes zu durchschauen, so kann aus einem Wort ein angeblicher „sexueller Übergriff“ gemacht werden und die Frau wird als wehrlos und ohne Willenskraft dargestellt, „minderwertig“ eben. Und das von den angeblichen Verteidigerinnen der Frau selbst.

Frauen wird von Feministinnen und anderen Leuten zugetraut, Kinder allein großzuziehen, schwere Arbeit zu verrichten, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu kämpfen, sich gegen reaktionäre Ansichten ihrer Familie und ihres Ehemann zu stellen. Aber wenn

es zu dieser intimen Frage kommt, soll sie plötzlich wieder unmündig sein?! Man strebt danach, dass Frauen ihre Stimme erheben gegen die Ausbeutung und Unterdrückung, die sie erfahren. Man wünscht sich, dass die Frauen mit aller Entschlossenheit dagegen kämpfen und sich die Ungerechtigkeit, die ihnen widerfährt, nicht gefallen lassen. Man agitiert dafür, dass die Frauen nicht vor Repressionen der Reaktionen, nicht vor ihren prügelnden Ehemännern zurückschrecken. Aber gleichzeitig setzt man in dieser Frage ein Frauenbild voraus, was nichts mit der Realität zu tun hat: eines leicht manipulierbaren, schutzbedürftigen Wesen, nicht in der Lage, klar seinen eigenen Willen zu äußern.

Immer nur zu sehen, was „mit den Frauen gemacht wird“, nicht zu sehen, dass sie in der Gesellschaft selbst handeln und entscheiden können, das ist nichts anderes als kleinbürgerlicher Feminismus, der sich in seiner Opferrolle, als das kleine Mäuschen, das niemandem eine Gefahr werden kann, äußerst wohl fühlt; das hat nichts mit proletarischem Feminismus zu tun.

Proletarischer Feminismus dient gerade dazu, Frauen zu Kämpferinnen für die Emanzipation der Unterdrückten zu machen, d.h. auch für ihre eigene. Der proletarische Feminismus fordert, dass Frauen vor allem sich selbst nicht als schwaches Wesen begreifen, sondern als Menschen, die genauso in der Lage sind, für die Revolution zu kämpfen, wie Männer es tun können. Der kleinbürgerliche Feminismus hingegen definiert die Frau wieder in Abhängigkeit des Mannes. Diese Identitätspolitik führt dazu, dass Frauen ihre Unterdrückung akzeptieren und ihre relative „Schwäche“ gegenüber dem Mann als Teil ihrer „Identität“ annehmen. Frauen sollten das Recht behalten, weiter schwach zu sein und beschützt werden zu müssen. Sich genauso „mackerhaft“ zu verhalten wie viele Männer, wird als angebliche Stärke betrachtet. Dieser „Feminismus“ dient nicht dazu, diese Gesellschaft zu verändern, sondern entspricht der Bequemlichkeit so mancher Kleinbürgerinnen, sich innerhalb

dieser Gesellschaft einzurichten und sich mit den herrschenden Verhältnissen abzufinden. Diese Identitätspolitik sorgt am Ende nur dafür, dass die alte Gesellschaft bestehen bleibt, mit all ihren reaktionären Ideen.

Sich mit „Psychospielchen“ unter Druck setzen zu lassen, das sei etwas, zu dem eine Frau nicht nein sagen könne. Ja, wir werden dazu erzogen, das Weibchen zu sein, das keinen Wunsch ausschlägt. Aber wir sollten diese Form der Passivität nicht als etwas „typisch weibliches“ verteidigen, und die Frauen wieder in ihre Opferrolle zurückdrängen, sondern als Revolutionärinnen dafür sorgen, dass diese Passivität von den Frauen selbst bekämpft wird. Der proletarische Feminismus ruft den Frauen die ganze Zeit zu: „Raus aus der Passivität!“, „Bekämpft die Idee, die Frau sei nicht politisch!“, „Bekämpft die Idee, die Frau könne nicht kämpfen!“, was von vielen vertreten wird. Aber nur in dieser Frage seien wir zu labil, um Entscheidung zu treffen. Dem „Druck“ des Mannes zu widerstehen, wenn wir nicht wollen, sei viel zu schwer für uns schwache, dumme Wesen. Das impliziert, wir könnten nur in Abhängigkeit des Mannes existieren und wären an seinen Willen gebunden.

Diesen doppelten Standard brauchen wir nicht. Der proletarische Feminismus dient dazu, Revolutionärinnen zu schaffen, die in der Lage sind, für ihre eigene Emanzipation zu kämpfen als Teil davon, diese alte Gesellschaft zu zerschlagen, die das Patriarchat aufrechterhält. •



*Ganz und gar nicht wehrlos: Kämpferin im Volkskrieg in Indien*

## DEUTSCHE WOHNEN ENTEIGNEN, ABER RICHTIG!



Zur Zeit ist die Kampagne „Deutsche Wohnen enteignen“ im Berliner Stadtbild sehr präsent. Die Initiatoren fordern die Enteignung von Immobiliengesellschaften wie der Deutschen Wohnen und die Verstaatlichung ihrer Wohnungen. Über 65.000 davon wurden erst 2004 unter einem rot-roten Senat privatisiert und den Immobilienhaien so zum Fraß vorgeworfen. Da die Berliner von schlechten, teuren und zu wenigen Wohnungen ein Lied singen können, begrüßen viele die Forderungen der Kampagne. Die Kampagne zeigt, dass viele Menschen nicht so weiterleben wollen wie bisher und dass die gerechtfertigte Forderung nach der Enteignung derer, die auch noch den letzten Cent aus den Massen herausquetschen wollen, auf offene Ohren stößt.

Entsprechend hysterisch reagieren die Immobilienbonzen, die hier schon den Sozialismus am Werk sehen. Eines ihrer Hauptargumente ist, dass die Enteignung der Immobilienkonzerne kein Mehr an Wohnraum schafft. Damit haben sie nicht Unrecht, die Enteignungen müssten viel weiter gehen. In Kreuzberger Lofts mit Autofahrstuhl könnten ganze Großfamilien untergebracht werden. Leerstehende Häuser existieren ebenfalls weiter, in einem Ausmaß, welches zwar je nach betrachteter Statistik sinkend oder recht gering ist in Vergleich zu aussterbenden Regionen in Ostdeutschland, aber Leerstand existiert weiter und könnte nutzbar gemacht werden. Und sehen wir die Neubauten, welche jetzt hochgezogen werden, die angeblich ausbleiben würden, sehen wir, dass sie nicht in unserem Interesse stehen. Innerhalb

des S-Bahn Rings werden sie häufig nur Bürotürme und Hotels werden, um das zu sehen reicht eine Fahrt mit der S-Bahn durch die Stadt. In Randbezirken wie Spandau hingegen wird in letzter Zeit tatsächlich eine gewisse Menge an Wohnungen gebaut. Diese stehen stehen aber zum Verkauf und kosten gut und gerne auch mal mehr als 5000 Euro pro Quadratmeter, was teilweise das Zehnfache des Preises ist, zu dem vor einigen Jahren privatisiert wurde. Sie sind nichts, was sich Arbeiter, die Probleme haben, über die Runden zu kommen, leisten können, noch weniger in Zeiten der aktuellen Wirtschaftskrise, welche sich noch weiter entwickeln wird.

Aber ist dieser Staat wirklich der bessere Vermieter? Schließlich ist es dieser Staat, unter dem viele von uns gezwungen sind, von zu kleinen Löhnen zu leben, von denen man sich dann auch noch eine angemessene Wohnung finanzieren können soll. Es ist auch dieser Staat, der Hartz-IV-Bezieher in zu kleine Wohnungen pfercht. In vielen der Geschichten von Unterstützern der Kampagne beginnen die Probleme auch schon vor der Privatisierung. Dass dieser Staat nicht unbedingt der bessere Vermieter ist, zeigt sich auch gerade jetzt in den diversen Lockdowns. Mit dem Verweis auf den Gleichbehandlungsgrundsatz sperren sich viele kommunale Vermieter dagegen, kleinen Ladenbesitzern die Miete zu erlassen. Bei den Milliarden für TUI und anderen Monopolen hat man von einem Gleichbehandlungsgrundsatz komischerweise nichts gehört.

Diese Kampagne ruft auch wieder Erinnerungen hervor an weitere Maßnahmen bezüglich des Wohnens der letzten Zeit. So wie den Mietendeckel, welcher immer noch angedroht wird, gekippt zu werden, und der im Allgemeinen wenig erreicht hat. Sollte er gekippt werden, werden im Übrigen die Mieten fällig, die in diesem Zeitraum eingespart wurden. Dafür wurde aber laut einer kürzlichen Umfrage kein Geld beiseite gelegt, schließlich brauchen wir das knappe Geld fürs Leben.

Bei allen Sympathien für die Grundidee dieser Kampagne, sie ist zu kurz gedacht. Zuerst müssen zahlreichen bürokratische Hürden überwunden werden, die die Bezeichnung direkte Demokratie nicht verdienen. Zunächst mussten Unterschriften gesammelt werden, um überhaupt den Antrag auf ein Volksentscheid stellen zu können, welche dann außerhalb der Hände der Aktiven auf Rechtmäßigkeit geprüft wird. Nun, in der zweiten Phase der Unterschriftensammlung, müssen über ca. 170.000 Unterschriften von in Berlin Wahlberechtigten gesammelt werden, um den Entscheid zur Wahl zu stellen. Weil nicht jeder Unterschreibende auch tatsächlich dazu „berechtigt“ ist, rechnen die Aktivisten damit, dass ca. 220.000 Unterschriften zu sammeln sein werden. Der Entscheid würde dann parallel zu den diesjährigen Bundestagswahlen stattfinden und bräuchte dann die Zustimmung von 25% der Wahlbeteiligten und 50% der Wählenden. Sollten all diese Hürden des Volksentscheid genommen sein, liegt die Umsetzung dessen wieder in den Händen eben jener Politiker, die die Wohnungen damals privatisiert haben. Als nächstes sollen die Immobilienhaie mit Milliarden entschädigt werden, echte Enteignung sieht anders aus. Sollte das alles klappen, steht am Ende die wage Hoffnung, dass die verstaatlichten Wohnungen günstiger und besser sind und nicht ein paar Jahre später bei geänderter politischer Wetterlage wieder privatisiert werden.

Wir sehen auch, wie Kampagnen wie diese genutzt werden, um die Leute wieder zur Teilnahme an der Wahl zu treiben und das Bild zu vermitteln, eine Lösung unserer Probleme sei mit dem Parlamentarismus möglich. Bei Verhandlungen werden im Allgemeinen aber nur die bereits anderorts erkämpften Siege bestätigt. Wir kriegen nicht einen Krümmel mehr als im Klassenkampf erkämpft und laut den Einschätzungen

der Herrschenden zur „Befriedung“ notwendig. Es hilft uns also nicht, an ihrem Zirkus teilzunehmen, wir dürfen uns auch keine Hoffnungen machen, daraus Vorteile für uns zu schöpfen. Die Kampagne zeigt zwar, wie viele die selben Probleme haben und verbindet diese, aber in der Lösung dieser Probleme stellt sie sich als Bittsteller zum Staat. Unsere Klasseninteressen stehen ihm aber direkt entgegen und die einzig mögliche Antwort in diesen Zeiten ist der Wahlboykott. In diesen Zeiten, in denen wir sehen, wie die Herrschenden immer schwerere Probleme bekommen, so weiter zu regieren, wie sie es gewohnt sind, und wo immer weniger der Unseren bereit sind, so weiter zu leben, wie wir gezwungen werden, zu leben. Es geht heute also nicht darum, „aus der Defensive zu kommen“, wie Initiatoren der Kampagne in einem Interview erhoffen, sondern unsere Offensive hier und überall auf der Welt richtig zu führen.

Am Ende ist das Wohnungsproblem ein gesamtgesellschaftliches Problem. Wohnraum finden wird ja erst dadurch zum Problem, dass man zu wenig Einkommen hat. Den größten Teil des Tages rackern wir für den Profit der Kapitalisten und mit dem bisschen, das wir am Ende bekommen, sollen wir dann unser Leben bestreiten. Und wie überall ist es dann auch mit der Mietwohnung: Für wenig bekommt man auch wenig. Die Probleme beginnen also nicht erst auf dem Mietmarkt, sondern schon bei der kapitalistischen Ausbeutung. Das wurde schon im Manifest der Kommunistischen Partei treffend festgehalten: **„Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten so weit beendet, daß er seinen Arbeitslohn bar ausgezahlt erhält, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw.“** •



## MÜLL-SHERIFFS: DIE STADTREINIGUNG ALS EXEKUTIVE



*Stadtreinigung oder Inkasso-Eintreiber?*

**W**ir haben in den letzten Monaten schon öfter über die Ausweitung des Ausnahmezustandes geschrieben. Die Polizei erhält mehr und mehr Befugnisse und Rechte, um die Maßnahmen, die mit dem Infektionsschutz gerechtfertigt werden, besonders in den Arbeitervierteln, mit Gewalt oder hohen Geldstrafen durchzusetzen. Nicht nur die DB-Sicherheit, die Hochbahnwache oder das Ordnungsamt spielen sich neuerdings als Hilfsbullen unseren den Vierteln auf, auch die neuen sogenannten „Waste-Watcher“, die im Mai 2018 gegründet wurden, gehören nun zum erweiterten Arm der Exekutive.

Auf der Homepage der Stadtreinigung heißt es, die „Waste-Watcher“ *„...kümmern sich um die Sauberkeit Hamburgs und damit auch um die Lebensqualität der BürgerInnen und Bürger.“* Aber geht es ihnen wirklich nur um die Sauberkeit in unseren Vierteln?

Besonders die Gebiete, die oft von Touristen besucht werden, wie dem Jungfernstieg, die Mönckebergstraße oder der Hauptbahnhof werden von den „Waste-Watchern“ bewacht, weil die Stadt Hamburg diese Orte „ansehnlich“ halten will. Doch nicht nur die touristischen Gebiete werden von den „Waste-Watchern“ kontrolliert, auch die Viertel, in denen viele Arbeiter wohnen, wie in Wilhelmsburg, Wandsbek

oder Harburg, werden vermehrt regelmäßig von den neuen Hilfsbullen der Stadtreinigung Hamburg heimgesucht.

Wenn man von den „Waste-Watchern“ erwischt wird, wie man ein Müllstück (dafür reicht schon eine Kippe) nicht in den Mülleimer, sondern auf die Straße wirft, muss man mit einer Strafe von 20€ (Kaugummi-Papier, Kippenstummel) bis 40€ (Hundehaufen nicht entsorgen) rechnen. Wenn man bei der wilden Entsorgung von Sperrmüll erwischt wird, kann die Strafe bis zu 8.000€ steigen. Es soll dank der „Waste-Watcher“ mit weiteren repressiven Mitteln versucht werden, den SCHEIN einer sauberen Stadt zu wahren, und das jetzt auch in den Arbeitervierteln.

In den verschiedensten Berichten und Videodokumentationen über die „Waste-Watcher“ kann man ihr Handeln und ihre Motivation erkennen. Es geht nicht wirklich um eine sauberere Stadt, es geht ihnen schlichtweg um die Möglichkeit, selber mal „den Knüppel zu schwingen“. Die hohen Geldstrafen treffen wieder besonders die Armen und Arbeiter. Nicht nur, dass man jetzt für das Nichttragen eines Mund-Nasen-Schutzes sehr hohe Geldstrafen zahlen muss. Schon seit 2018 muss man für das Wegwerfen

eines Kippenstummels auch 20€ zahlen, bis jetzt wurde das jedoch wenig kontrolliert.

Es ist nicht so, dass wir kein Interesse hätten, unsere Viertel sauber zu halten, aber eine alleinerziehende Mutter, die drei Jobs machen muss, um ihre Kinder zu ernähren, hat vielleicht andere Probleme, als ihren Bio-Müll richtig zu trennen. Dazu kommt: wir wissen, uns gehören die Viertel (noch) nicht. Wir sehen Einkaufszentren oder Bahnhöfe, die wir zwar zum Teil mit aufgebaut haben, aber nichts davon ist tatsächlich unser Eigentum. Wenn es tatsächlich unser Viertel wäre, wenn wir selbst allein entscheiden, was in unseren Vierteln passiert und was nicht, wenn es nicht in der Hand der Bonzen wäre, wäre es für selbstverständlich, unsere Umgebung sauber zu halten.

Auffällig ist auch, dass die „Waste-Watcher“ nun in den Vierteln unterwegs sind, von denen die Herrschenden sowieso erwarten, dass es dreckiger ist als in den Bonzenvierteln. Seit Jahren bestehen die Probleme verdreckter Viertel in Hamburg und auch seit Jahren gibt es ein klares Begehren der Bevölkerung, die Viertel sauber halten zu wollen. Anstatt weitere repressive Hilfsbullen einzusetzen, hätte die Regierung dafür sorgen können, dass z.B. mehr Mülleimer in den Vierteln aufgestellt werden.

Anstatt die Mittel und Möglichkeiten bereitzustellen, damit wir selber dafür sorgen können, unsere Viertel sauber zu halten, selbst die Reinigung der Straßen zu organisieren und zu planen, installiert die Stadtreinigung einfach ein neues Bataillon von Hilfsbullen. Anstatt die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern, wird, wie so oft, stattdessen die Kontrolle erweitert. Die Stadt hat nämlich kein Interesse daran, dass wir uns um unsere Viertel selbst kümmern. Was ihr mehr nützt, sind Ordnungshüter, die ohne Vorwarnung und ohne rechtliche Grundlage auf die „Leute aufpassen“ und ihre Personalien aufnehmen.

Was die Stadt Hamburg mit den „Waste-Watchern“ versucht, ist klar: es geht um die Aufstandsbekämpfung. Man muss nun also nicht nur auf die Polizei aufpassen, wenn man sich außerhalb ihrer „Ordnung“ bewegt, sondern nun auch auf die „Waste-Watcher“, die Hochbahnwache oder anderen Hilfsbullen. „Nirgends seid ihr sicher, unsere Augen sind überall“ ist die unterschwellige Nachricht. Die Stadt Hamburg versucht also hiermit weiter

die Kontrolle über die Arbeiterviertel zu behalten. Es reicht nicht, dass die Zunahme an Kontrollen mit „Corona“ gerechtfertigt wird, nun werden wir auch durch Strafen schikaniert, wenn wir unseren Kleinstmüll nicht fachgerecht entsorgen.

Wir spüren jeden Tag mehr die Gewalt des Staates, die Ordnungshüter bekommen fast täglich neue Befugnisse und größere Einflussbereiche. In Hamburg hat die Polizei nun tatkräftige Unterstützung vom Ordnungsamt, der Hochbahnwache, der DB-Sicherheit, die verschiedenen privaten Sicherheitsbetriebe, privater bewaffneter Security und nun auch von den „Waste-Watchern“. Das Zeichen, welches Schritt für Schritt gesetzt wird, wird nun immer deutlicher; es geht um die Kontrolle und um die Aufstandsbekämpfung in den Vierteln. Die Stadt hat nicht wirklich ein Interesse daran, dass ihre Menschen in einer sauberen Stadt leben, die Stadt muss nur so hergerichtet werden, dass sie sich zeigen lässt. Es wird auch nicht wirklich etwas gegen den Dreck auf den Straße getan, dafür ist die Anzahl der eingesetzten Reinigungskräfte einfach zu gering (2018 wurden 400 „Saubermacher“ eingestellt und die Anzahl hat sich auf 800 verdoppelt). Es geht mal wieder nicht darum, den Menschen wirklich vor Ort zu helfen, sondern den SCHEIN zu wahren, etwas getan zu haben.

Dabei werden für die „Drecksarbeit“ der Kontrolle, d.h. Fahrkarten kontrollieren, die Bahnhöfe in den Arbeitervierteln besetzen, „Müllsünder“ schikanieren, mehr und mehr Ordnungshüter eingespannt. Darunter sind auch private Sicherheitsfirmen, die direkt für den Staat arbeiten. Der Staat erweitert seinen „Wirkungsbereich“, damit wir uns in Zeiten der Krise, die auf unserem Rücken abgewälzt wird, an ihre Repressionen gewöhnen. Das ist Vorsorge dafür, dass die Wut, die Verzweiflung, die Ungewissheit, die wir spüren, sich nicht gegen die Herrschenden richtet. Aber das wird sie.

Für uns bleibt nur eine Sache: gemeinsam gegen die Repressionen und uns unsere Stadt erkämpfen. Wir wissen sehr wohl, wie es funktioniert, eine Stadt sauber zu halten um sich darin wohl zu fühlen, und dabei schaffen wir es mit absoluter Gewissheit auch, uns nicht gegenseitig mit Geldstrafen zu schikanieren. Wir brauchen keine „Waste-Watcher“, um unsere Stadt sauber zu halten, und wir brauchen vor allem keine weiteren Bußgelder, die unser Leben schon jetzt mehr als beeinträchtigen. •

## CHAOS IN DER SCHULE

**M**it dem Ausbruch der Corona-Pandemie und dem Beginn des Ausnahmezustands hat sich die Rolle der Schulen im Leben der Kinder maßgeblich verändert. Keiner hat überhaupt mehr Bock auf Schule, bei den Lehrern genauso. Was sonst für die Kinder und Jugendliche von der ersten bis 13. Klasse (mit) der wichtigste Ort ist, andere Gleichaltrige zu treffen und sozialen Umgang zu haben, ist nun nur noch das, wo unter lästigen Bedingungen in verkürzter Zeit der vorgesehene Lehrstoff irgendwie reingeprügelt werden soll. Da ist folglich die übliche Frage: *Wann ist dieser Tag endlich vorbei?* Für einige Schüler mag der verkürzte Unterricht eine willkommene Einladung zu mehr freier Zeit und weniger Aufwand für die Schule sein, wenn sie eh mit dem Stoff gut klar kommen. Die meisten aber leiden unter den ständig wechselnden Beschulungskonzepten, die bei meist gleichen Anforderungen eine wesentlich geringere Aufnahme des Lernstoffs garantieren. Das geht von Grundschulern, die ohne die Betreuung durch Lehrer nicht mit den Lerninhalten der ersten Klasse klarkommen, bis zu Betrieben, die aufgrund mangelhaften und lückenhaften Berufsschulunterrichts keine Auszubildende mehr einstellen. Diejenigen, die hauptsächlich unter den Beschulungskonzepten leiden, sind die Kinder aus der Arbeiterklasse. Um trotzdem zu ermöglichen, dass alle oder zumindest die meisten noch mitkommen, müssen die Lehrer teils enorme Anstrengungen machen.

### DOPPELTE BELASTUNG DURCH PRÄSENZ UND DISTANZ

Wie in Frage der KiTa-Betreuung ist auch der Schulunterricht von einem Hin und Her durch immer wieder neue Maßnahmen aus der Politik bestimmt. Im Monat Februar z.B. gab es in Bremer Schulen den Wechselunterricht mit Distanzbeschulung, die „Öffnung ohne Präsenzpflicht“. Also wechselnde Beschulung von Halbgruppen, wobei die Eltern selbst entscheiden können, ob sie ihr Kind in die Schule schicken oder zuhause lassen. Folglich müssen die Lehrkräfte zwei Faktoren regeln: Das Wechseln der Halbgruppen und die gleichzeitige Präsenz- und Distanzbeschulung.

In der Regel macht eigentlich das Wechseln der Halbgruppen schon zusätzlichen Aufwand. Zwar sind

in kleineren Gruppen die einzelnen Schüler besser zu erreichen, dafür aber muss der gesamte Stoff, den die Schüler durcharbeiten müssen, wenn sie zuhause ohne Betreuung sind, also die andere Halbgruppe „dran ist“, vorbereitet und dann in der Unterrichtszeit vor Ort besprochen und ausgewertet werden. Und natürlich kommen Viele beim „selbstständigen Lernen“ nicht mit, d.h. schon hier muss extra geholfen und dadurch in Teilen beide Halbgruppen parallel unterrichtet werden. Dazu kommt dann die ebenfalls parallele Präsenz- und Distanzbeschulung einer Halbgruppe. Die Präsenzpflicht wurde bereits mit der Verschärfung des zweiten „Lockdowns“ Mitte Dezember aufgehoben. Klar, auch hier gibt es genug Fälle, in denen das kein großes Problem ist, weil die Schüler in der Lage sind, sich das Nötige zuhause selbstständig anzueignen. Aber das ist eben die Minderheit und Kinder, für die von Klein auf genug Geld für eine bessere Bildung da war. Die Mehrheit muss in der Distanzbeschulung genauso wie die Schüler im Präsenzunterricht betreut werden, um den Anforderungen irgendwie gerecht zu werden. Das bedeutet das doppelte Maß an Arbeit, eine wortwörtliche Zerreißprobe zwischen zwei Unterrichtsorten, oder die Konsequenz, dass zu normalerweise freien Zeiten unterrichtet wird. Das doppelte Maß an Arbeit muss immer noch die selbe Lehrkraft alleine verrichten, Unterstützung für Entlastung gibt es nicht, bzw. müssen dann die Kollegien selbst organisieren. Den Schülern wurde also eine nähere Beschulung als im reinen Distanzunterricht angeboten und den Eltern eine stückweise Entlastung, und zwar auf Kosten der Lehrer durch ihre doppelte Belastung.

### DANN HALT KEIN INFEKTIONSSCHUTZ

Der Schritt zum Wechselunterricht war der Meinung der Bildungsbehörde dann aber noch nicht ausreichend, um es zu schaffen, den gesamten Lerninhalt durchzunehmen. Dass die Anforderungen gesenkt werden, wenn man aufgrund von gesundheitlicher Gefahr nicht vernünftig lernen kann, kam überhaupt nicht richtig in Frage. So leiden besonders angehende Absolventen des Mittleren Schulabschlusses oder des Abitur an dem gleichbleibenden Lernstoff, und viele müssen den Jahrgang wiederholen oder haben Schule ganz hingegeben. Die Änderung, die die Bildungsbehörde am 1. März beschlossen hat, um den Stoff besser durchzubekommen, ist die Aufhebung der Halbgruppen und

somit des Wechselunterrichts in Grundschulen, sowie die Wiedereinführung der Präsenzpflcht. Präsenzpflcht ab der 5. Klasse kann auch bedeuten Online-Präsenz, die Grundschulklassen hingegen sind ohne Maskenpflicht in Vollbesetzung vor Ort. Für die Eltern ist das natürlich Entlastung, weil man zuhause nicht mehr in der Schulzeit auf die Kinder aufpassen muss, und auch für die Lehrer verringert sich die Belastung. Aber dafür täglich mit um die zwanzig Kinder in kleinen Räumen verbringen, ist ein hoher Preis. Möglich gemacht sollte diese Lockerung werden durch zweimalige Schnelltests in der Woche. Für die Lehrer mit Beginn des neuen Konzepts, für die Schüler stand das Angebot hingegen erst zwei Wochen später zur Verfügung. Dementsprechend hat dieses Konzept in den ersten zwei Wochen gar keinen Sinn.

Lehrkräfte beschwerten sich über den für lange Zeit ungewissen Zustand des Testverfahrens und die allgemein getroffenen Maßnahmen in der Ausstattung, um die Verbreitung des Virus in den Schulen einzudämmen. So erzählt eine Grundschullehrerin: *„Das hauptsächliche Problem ist, dass man sich der Gefahr ausgesetzt sieht, sich zu infizieren...Die Schule wird geöffnet“* (auch schon auf den Zustand nach den Weihnachtsferien bezogen) *„und es wird gesagt, es gibt eine Teststrategie, aber dann fehlen die Tests, das ist ein Problem. Das muss anders herum sein. Erst muss es eine Teststrategie und die Tests geben, bevor man die Schulen öffnet. Aber jetzt wurden die Schulen erst geöffnet und dann kommen die Tests jetzt so langsam [...] Die Unzufriedenheit ist dieses häppchenweise Entscheidungen Treffen, was dann vielleicht auch nicht die sind, die man sich wünscht. Z.B. dass diese Raumlufilter“* (im vergangenen Jahr) *„nicht angeschafft wurden. Die ganzen Sommerferien waren dazwischen Zeit dafür, aber irgendwie passiert da so wenig.“*

Obendrein verspäten sich die Impfungen, hat Nebenwirkungen und so weiter und so fort. Mit der Gesundheit der Lehrkräfte wird aktuell gespielt. Wenn man alleine an der Bushaltestelle steht und seine Maske nicht aufhat, wird man vom Ordnungsamt schikaniert. Aber wenn ein Lehrer oder eine Lehrerin sich mit zwanzig Kindern stundenlang in einem Raum aufhalten muss, ist das okay. Dann halt kein Infektionsschutz.

## KOMPROMISSE

„Das ist ja auch alles nicht so einfach“, mag jetzt manch einer sagen. Um den Kindern genug beizubringen und

gleichzeitig Infektionen zu verhindern; um Eltern, Kinder und Lehrer gleich fair zu behandeln, muss man ja Kompromisse eingehen. Aber bevor man irgendwelche Kompromisse macht, sollte man erst mal schauen, welche der bestehenden Probleme nicht doch zu lösen sind. Daher die Forderung der meisten Lehrer: *Viel mehr Personal, dann mehr Räumlichkeiten* und, wo notwendig, Anpassung des Niveaus. Das ist keine ungreifbare Forderung. Stets redet die bürgerliche Politik davon, den Lehrermangel an Schulen (2020 bundesweit laut Beamtenbund 38.000 Beschäftigte) bekämpfen zu wollen, aber der wird immer größer. Die Wurzeln davon liegen tief. Allein dass die Einstellung ein abgeschlossenes Lehramtsstudium voraussetzt, die Arbeiterklasse aber durch das Bildungssystem ganz bewusst von der Uni weggehalten wird, schließt schon mal für den Großteil der Bevölkerung aus, Lehrer zu werden. Mit der schlechten Bildung für die Arbeiterklasse wiederum geht ein schlechterer Zustand der Schulen in den Arbeitervierteln einher, weshalb die Lehrer um Plätze bei den „reicheren“ Schulen konkurrieren und einige dieses „Risiko“ gar nicht eingehen wollen. Dazu kommt, dass die Entscheidungen mal wieder total über die Köpfe der Beschäftigten hinweg getroffen werden. Vergangenen Sommer strukturierte die Bildungsbehörde den Einsatz der Lehrkräfte in der Sekundarstufe um, als die Pläne für das kommende Schuljahr längst erstellt waren, und informierte die Lehrer erst inmitten dieses Vorgehens, was die Vertreter wütend beantworteten. So spüren immer mehr die Verlogenheit der bürgerlichen Politik. Die reden, reden und reden, und es passiert nichts, was die Probleme löst oder die Lage überhaupt verbessert. Dass die Forderung nach mehr Personal und mehr Räumlichkeiten irgendwann mal erfüllt wird, glauben nur noch wenige. Dieses System ist eben nicht dafür da, solche Aufgaben zu lösen. •



Zum Verzweifeln: Unterricht im „Lockdown“

## ESSEN: STREIK BEI DER DB DIREKT



Die aktuellen Tarifverhandlungen zwischen der „DB Direkt GmbH“ und der Belegschaft in ihren Callcentern dauern schon seit dem 30.01.2021 an. Die DB Direkt ist eine Tochtergesellschaft der „Deutschen Bank AG“. Das letzte Angebot der DB Direkt kam im Dezember 2020. Dieses Angebot wurde abgelehnt, seitdem ist die Belegschaft der Callcenter in Essen und Berlin in einem unbefristeten Streik. Mittlerweile sorgt der Streik für Einschränkungen im Betriebsablauf der Deutschen Bank und bei seiner Tochtergesellschaft, der „Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen“, ist der Telefondienst entweder gar nicht oder nur eingeschränkt zu erreichen. Auch E-Mails werden nur sehr spät beantwortet.

Die Streikenden fordern von der DB Direkt ein 13. Monatsgehalt (auch als Weihnachtsgeld bekannt), 6% mehr Lohn, aber mindestens eine Lohnerhöhung von 150€ und sind fest entschlossen, diese Forderungen zu erkämpfen. Die Lohnerhöhung soll rückwirkend bis April 2020 gehen. Nach vier Verhandlungsrunden hat sich die DB Direkt „großzügig“ gezeigt und eine Lohnerhöhung von 1,5% rückwirkend bis November 2020 sowie einer Einmalzahlung von 200€ vorge-

schlagen. Aus dem 13. Gehalt wurden 100€ und auch nur bis zum Jahr 2025.

Für die Arbeiter und für die Gewerkschaft Ver.di war der Vorschlag eine Frechheit und man entschied sich für einen unbefristeten Streik. Der Streik wird von den Arbeitern der Standorte begrüßt. 94% der in Ver.di organisierten DB Direkt-Angestellten stimmten für einen unbefristeten Streik, bis die DB Direkt ein passendes Angebot vorschlägt. Insgesamt liegt die Streikquote bei knapp über 50%. Der Rest solidarisiert sich mit dem Streik, hat aber aufgrund der finanziellen Einbußen Angst um seine Existenzsicherung. Immer wieder ruft die Gewerkschaft zu Aktionen auf. In Essen kommt es immer wieder zu Protestaktionen am Hirschland- bzw. Bismarck-Platz. Dort befinden sich die beiden Filialen der Deutschen Bank in Essen. Dass die Arbeiter in den Callcenter nicht alleine stehen, zeigen die vielen Solidaritätsbekundungen auf der Website von Ver.di.

### DIE DEUTSCHE BANK

Die Deutsche Bank ist die größte Bank der BRD, nur die Commerzbank macht in der BRD ähnliche

Umsätze. Die Deutsche Bank ist in einem hohen Maße an Ausbeutung der unterdrückten Nationen beteiligt. So unterhält die Deutsche Bank in Rumänien ein Forschungszentrum. Dieses hat die Aufgabe, neue Finanzprodukte zu entwickeln. Die Angestellten bekommen im Durchschnitt ca. 2000€ Brutto. Viel für rumänische Verhältnisse, ein Krümmel, wenn man überlegt, welcher Profit daraus erwirtschaftet wird. Der Monatslohn der rumänischen Finanzproduktentwickler ist ungefähr auf dem Niveau, welches die Call Center-Angestellten der DB Direkt erhalten.

Um Kosten zu sparen und so die Profite für die Investmentbanker, Vorstandsmitglieder Aktionäre zu steigern, hat die „Deutsche Bank AG“ eine Vielzahl an Tochterunternehmen gegründet, wie zum Beispiel die „DB Direkt GmbH“, bei der die Arbeiter des Call Centers angestellt sind. Die DB Direkt ist für Vertriebs- und Servicefunktionen zuständig und betreibt alle Call Center der Deutschen Bank. Zu den Aufgaben zählen das Betreuen von Firmenkunden und die Abwicklung des Telefon- und Onlinebanking und die Betreuung der Socialmedia-Accounts des Konzerns. Durch die Aufteilung auf Tochterfirmen umgeht die Deutsche Bank bestimmte Zahlungen. Im Mutterkonzern und in einigen Tochterfirmen ist ein 13. Monatsgehalt Standard und ist Teil des Arbeitsvertrages. Durch die Ausgliederung der Callcenter in eine eigenständige GmbH umgeht die Deutsche Bank den „Tarifvertrag des privaten Bankgewerbes“ und kann auf den Kosten der Arbeiter ihren Profit maximieren. Momentan liegt der Stundenlohn der DB-Direktangestellten bei 13€ und damit deutlich unter dem Tariflohn für das private Bankengewerbe. Dieser liegt momentan in untersten Tarifgruppe im ersten Jahr schon bei 14,35€.

Währenddessen sind trotz gesunkener Umsatzzahlen die Bonusauszahlungen für Investmentbanker beim Mutterkonzern gestiegen. Die Bonuszahlungen beliefen sich für 2020 insgesamt auf 1,8 Milliarden Euro. Es gab 2020 684 Einkommensmillionäre bei der Deutschen Bank, sprich 684 Menschen haben ein Jahresgehalt von mindestens 1.000.000€ erhalten. Das ist ein Zuwachs von 17% zum Jahr 2019. In diesen Jahr gab es „nur“ 583 Einkommensmillionäre. Der Deutschen Bank AG blieb ein Reingewinn von 624.000.000€. Dass bei diesen Zahlen den Forderungen der DB Direkt-Angestellten nach gekommen wird, ist reiner Unwille der Konzernführung.

Währenddessen sitzt auch während der Pandemie ein Großteil der Beschäftigten der DB Direkt im 24-Stundenschichtdienst im Call Center. Dabei handelt es sich um die Telefonisten, also jene, welche für die komplette Kundenbetreuung der Deutschen Bank zuständig sind und in Zeiten von meist geschlossenen Banken eine noch größere Arbeitsbelastung haben.

Was den Streik besonders macht ist seine mittlerweile lange Dauer. Ist es in Deutschland seit langer Zeit üblich mit sogenannten Warnstreiks ein „Zeichen“ zu setzen, haben die Arbeiter der DB Direkt gezeigt, dass man sich auch mehr als einen Tag im Streik befinden kann. Wozu halbgeare Warnstreiks führen, kann man bei der Tarifverhandlung für den öffentlichen Dienst Ende 2020 sehen. Statt der geforderten 4% Lohnerhöhung, aber mindestens 100€ gab es eine Lohnerhöhung gestaffelt auf die nächsten vier Jahre und eine Mindesterhöhung von 50€ des Bruttolohns. Die Gewerkschaftsspitze feierte dies als bestmöglichen Deal den man mit Innenminister Horst Seehofer aushandeln konnte. Dass diese Erhöhung der Tariflöhne am Ende nicht Mal die Inflation in den nächsten vier Jahren ausgleicht, ist sowohl der Ver.di-Führung als auch den Politikern egal. Das Verhandlungsergebnis stoß damals auf breite Ablehnung der Streikenden und viele haben in den sozialen Medien angekündigt, Ver.di zu verlassen.

Dieser Vergleich zeigt, mit welcher Bereitschaft sowohl die Belegschaft in beiden Standorten und die Gewerkschaft dieses mal kämpft. Denn die Auswirkungen für die Deutsche Bank sind mittlerweile hoch. Kreditkarten können von Kunden nicht ge- bzw. entsperrt werden, Daten der Kunden nicht geändert werden und vieles Mehr. Die Deutsche Bank versucht, die Auswirkungen klein zu Reden, aber die nicht streikenden Arbeiter der DB Direkt sagen ganz offen, dass Vieles liegen bleibt und nicht bearbeitet werden kann. Dies sorgt für Umsatzeinbußen. Doch nach Einschätzung eines Essener Ver.di-Funktionärs will die DB Direkt und damit die Deutsche Bank diesen Streik einfach aussitzen. Denn ein erfolgreicher Streik könnte dazu beitragen, dass auch eine Bereitschaft für langandauernde Streiks innerhalb der Arbeiterklasse steigt. Denn das würde zeigen, dass man, wenn man nur entschlossen genug für seine Forderungen kämpft, auch gewinnt. Was nicht nur eine Schmälerung der Profite für die Bourgeoisie bedeuten würde, sondern auch eine Entwicklung der Organisierung in der Arbeiterklasse. •

## IM KNAST BIS ZUM TOD? FREIHEIT FÜR THOMAS!

**1**997 wurde Thomas Meyer-Falk zu 16 Jahren, neun Monaten und drei Wochen Haft verurteilt. Diese Haftstrafe hatte er bereits 2013 abgesessen. Trotzdem sitzt er weiterhin in der Freiburger JVA, hinter vergitterten Fenstern in einem Gebäude, das er selbst als Totenhaus bezeichnet. Ginge es nach dem Willen der Herrschenden, soll Thomas bis zu seinem Tod dortbleiben und dem Terror der modernen Haftbedingungen ausgesetzt bleiben. Dabei hat Thomas niemanden vergewaltigt oder umgebracht. Sein Vergehen ist der entschlossene Kampf für eine bessere Welt, eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

### WAS HAT THOMAS GETAN?

1996 überfiel Thomas eine Bank, um so Geld für legale und illegale linke Projekte zu beschaffen. Bei diesem Überfall wurde Thomas von den Bullen verhaftet und 1997 vor Gericht gestellt. Seitdem sitzt er im Knast, einen großen Teil davon in Isolationshaft.

### WIESO FAST 17 JAHRE HAFT?

Die übliche Haftstrafe für einen bewaffneten Banküberfall in der BRD liegt laut §250 StGB zwischen drei und fünf Jahren. Nun sind die 16 Jahre, neun Monate und drei Wochen, zu denen Thomas verurteilt wurde, deutlich länger. Grund dafür ist, dass Thomas' Verfahren von Anfang an ein politisches war. Thomas hatte nicht Gewalt angewandt, um sich selbst zu bereichern, sondern um finanzielle Mittel für linke Arbeit zu organisieren. Verurteilt wird er für seine Überzeugungen, mehr als für die eigentliche Tat. Es ist eine Tatsache, dass die Gerichte in diesem Staat Instrumente der herrschenden Klasse sind. Und um den Sturz eben dieser Klasse herbeizuführen, wollte Thomas Mittel beschaffen. Das bürgerliche Gericht musste entsprechend hart gegen ihn vorgehen. Unerträglich wäre es für die Ordnung der Bourgeoisie, würden weitere Menschen Thomas Beispiel folgen und bewaffnet für ihre Befreiung zu kämpfen. Dies ist nur ein weiteres von vielen Beispielen, wie die Gerichte des deutschen Staats versuchen, den revolutionären Kampf der Massen zu unterdrücken, indem sie sie mit Repression bedrohen.

### WIESO SITZT THOMAS IMMER NOCH IM KNAST?

In den vielen Jahren, die Thomas bereits hinter Betonmauern und Stacheldraht weggesperrt wurde, ist er seinen Überzeugungen immer treu geblieben und

hat sich konsequent geweigert, sich seine Freiheit durch Kapitulation zu erkaufen. Diese Standhaftigkeit und Festigkeit der Überzeugung ist ein Beispiel für viele und deshalb kann es sich der Staat auch nicht leisten, ihn freizulassen. Deshalb griff man kurzerhand auf ein Gesetz zurück, das 1933 von den Hitler-Faschisten eingeführt wurde, um politische Gegner für immer einsperren zu können. Dieses Gesetz, §66 StGB, nennt sich Sicherungsverwahrung und ist bis heute in Kraft. Es erlaubt der deutschen Klassenjustiz, jeden einzusperren, so lange, wie sie es für nötig halten. Die einzige „Grundlage“, die sie dafür brauchen, ist der Verdacht, der Gefangene könnte erneut eine Straftat begehen, die die öffentliche Ordnung stört. Seit 2013 sitzt Thomas daher weiter im Knast, obwohl er seine eigentliche Haftstrafe bereits seit 8 Jahren abgesessen hat.

### DER KAMPF ENDET NICHT IM KNAST!

Mehrere Male wurde Thomas bereits angeboten, entlassen zu werden, wenn er sich öffentlich von seiner Tat und seinen Überzeugungen distanziert. Jedes Mal lehnte er ab. Anstatt vor der extremen Repression durch den Staat zu kapitulieren, führt er im Knast den Kampf weitere. So macht er regelmäßig auf der Internetplattform „Gefangenen Info / Unsere Solidarität gegen ihre Repression“ auf die unmenschlichen Haftbedingungen in deutschen Gefängnissen und die Schikanen aufmerksam, die er und seine Mitgefangenen erdulden müssen. Auch über tagesaktuelle Geschehnisse und politische Fragen hat er seitdem einige Texte veröffentlicht. Mehrere Male wurde er seit seinem Haftantritt erneut verurteilt, weil er sich angeblich „respektlos“ gegen Politiker, Wachpersonal oder andere Staatsbeamte geäußert haben soll. Er selbst sagt dazu, er drücke sich mitunter einfach deutlich aus.

### FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

In den Steinsärgen der deutschen Gefängnisse will die Bourgeoisie all jene lebendig begraben, die sich gegen ihre Ausbeutung, gegen ihre Kriege und das Elend, das ihre Herrschaft hervorbringt, stellen. Um die täglichen Torturen des Knastalltags zu ertragen, brauchen Thomas und alle politischen Gefangenen unsere Solidarität. Wir müssen ihren Kampf für eine bessere Welt außerhalb der Gefängnismauern weiterführen und Schluss machen mit diesem System, damit nie wieder einer unserer Freunde für seine Beteiligung am revolutionären Kampf eingesperrt wird. Weg mit dem Nazi-Paragrafen 66! •

## REPRESSION GEGEN RAPPER PABLO HASÉL

„Meinungsfreiheit“ kennt immer ihre Grenzen. Das Denken kann man einem nicht verbieten, das Reden schon. Mit welcher Rechtfertigung man das tut, ist eine andere Sache. Der imperialistische spanische Staat hat Mitte Februar den revolutionären Rapper Pablo Hasél festgenommen. Er war wegen „Beleidigung der Monarchie und Verherrlichung des Terrorismus“ zu neun Monaten Haft verurteilt worden und hatte das Antreten zur Haftstrafe bis zu letzt verweigert. Grund für die Anklage sollen insgesamt 64 Tweets von ihm gewesen sein, die den ehemaligen spanischen König Juan Carlos I., von Franco in seinem Amt aufgebaut, als Parasiten und Mafioso „herabgewürdigt haben“. Grund für das Urteil soll die „Gefahr“ gewesen sein, dass Anhänger Haséls durch die Texte motiviert werden, Gewalt anzuwenden. Nun gut, zumindest hat das Urteil selbst sie dazu motiviert: Nach der Verhaftung gab es tage- bis wochenlange, in weiten Teilen militante Massenproteste in mehreren Städten Spaniens, mit heftigen Kämpfen gegen die Bullen, Plünderung und Zerstörung von Geschäften und anderen spontanen Ausbrüchen der Massenrebellion.

Der Hintergrund des Vorwurfs „Verherrlichung des Terrorismus“ ist das 2015 mit dem Vorwand des „Kampfes gegen die ETA“ (Euskadi Ta Askatasuna – Baskenland und Freiheit) eingeführte „Bürgerschutzgesetz“, im Volksmund schlicht Maulkorbgesetz oder Knebelgesetz. Auch wenn die ETA nicht mehr existiert, wird dieser Gummiparagraph, der die politische Meinungsäußerung durch Spontandemos im Versammlungsrecht, durch Filmen von Polizisten, und besonders



*Pablo Hasél bei seiner Festnahme*

in kultureller Arbeit stark einschränkt, aufrechterhalten. Spanien ist durch den Maulkorbparagraphen laut Angaben der dänischen NGO Freemuse Weltspitze im Verhaften von Künstlern. Was alles Terrorismus sein soll, wird sehr undeutlich beschrieben. „Kampf gegen den Terror“ ist ein international bekanntes Mittel, mit dem Revolutionäre ohne Nachweis einer Straftat hinter Gitter gebracht werden sollen. Durch diese Willkür und Negation der demokratischen Rechte erfährt der Fall Haséls öffentlich eine breite Aufmerksamkeit; so fordert z.B. Amnesty International seine Freilassung. Als die spanische Justiz Anfang dieses Jahres ihn aufforderte, seine Strafe infolge des Urteils von 2018 abzusetzen, verweigerte er die Anordnung und verschanzte sich im letzten Moment vor der Reaktion auf dem Universitätscampus seiner Heimatstadt Lleida mit einigen Anhängern, die sich dort dem Angriff der Reaktion stellten und daraufhin mit ihm verhaftet wurden.

Pablo Hasél rappt seit Jahren gegen Ausbeutung und Unterdrückung durch den Imperialismus. Seit seinem ersten Release 2005 bringt er insbesondere seinen Klassenhass auf den spanischen Imperialismus zum Ausdruck. Das ist eben seine Meinung. Die meisten Staaten, in denen das Regierungssystem die bürgerliche Demokratie ist, rühmen sich stets mit dem „hohen Gut der Meinungsfreiheit“. Für uns hier das präsenteste Beispiel ist wohl der Vergleich, den der deutsche Imperialismus zur DDR macht – „dort durften die Leute nicht sagen, was sie denken“. Hier wird zwar auch jede „gefährliche Äußerung“ vom Verfassungsschutz aufgenommen, dafür wird man aber immerhin nicht gleich verhaftet, meistens zumindest. Doch während sich die „demokratischen Imperialisten“ die Meinungsfreiheit groß und fett auf die Fahnen schreiben, steht unter diesem Begriff im Paragraphen stets eine Einschränkung, sei es nun verfassungs-, staatsfeindliche oder terroristische Aussagen genannt. Wenn die staatsfeindlichen Meinungen dann Land gewinnen und sich zu einer Gefahr entwickeln, behält sich jeder bürgerliche Staat seiner Natur nach vor, den Unterdrückten das Recht auf Meinungsäußerung zu entziehen. In dieser Hinsicht spielt das Maulkorbgesetz in Spanien eine zentrale Rolle, da es die Einschränkungen verschärft und eine Strafe wahrscheinlicher macht. Daher ist der Kampf für die Freiheit für Pablo Hasél auch ein Kampf für die Verteidigung demokratischer Rechte für das Volk. Denn wenn Leute schon wegen ihren Songtexten eingesperrt werden, was passiert dann als nächstes? •

[WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG](http://WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG)

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

## TERMINE IM MAI

### **BREMEN**

Café Rebellion  
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)  
Jeden Mittwoch  
ab 17 Uhr

### **FREIBURG**

Café Popular  
Linkes Zentrum jadelantel  
1. und 3. Sonntag im Monat  
ab 13 Uhr

### **1. MAI - INTERNATIONALER KAMPFTAG DER ARBEITERKLASSE**

#### **DAS TITELBILD**

Revolutionäre Bauern der LCP (Liga dos Camponeses Pobres - Liga der armen Bauern) bei einer Gedenkfeier im Jahr 2011 am Ort der „Schlacht von Santa Elina“ 1995

**ROTE  
POST** 